

Pressemitteilung

BDK-Landesverband Niedersachsen:

**Kieferorthopäden nehmen Krankenkassen beim Wort und bieten Verhandlungen an
– Vorrangiges Ziel ist eine gesicherte Versorgung der Patienten –
Gesundheitspolitischer Konflikt sollte zurückgestellt werden**

Hannover (21. Dezember 2005) – Die niedersächsischen Kieferorthopäden nehmen jetzt die Gesetzlichen Krankenkassen (GKVen) beim Wort und bieten ihnen erneut Verhandlungen für einen landesweiten Rahmenvertrag zur dauerhaften Absicherung einer qualitativ hochwertigen Behandlung der Patienten an. Dr. Gundi Mindermann, die Landesvorsitzende des Berufsverbands der Deutschen Kieferorthopäden (BDK), betonte heute nach eingehenden Beratungen mit ihren Berufskollegen: „Gesundheitspolitiker und Krankenkassenvertreter haben zuletzt immer öfter Ärzteverbände aufgefordert, sich auf konstruktive Verhandlungen über neue Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen einzulassen. Die Kieferorthopäden in Niedersachsen wollen die Ernsthaftigkeit dieses Angebots prüfen und erklären sich bereit, auch nach Monaten schwerwiegender Differenzen mit den GKVen ergebnisoffen zu verhandeln.“ Die BDK-Landesvorsitzende unternimmt diesen neuerlichen Vorstoß, nachdem die GKVen zuletzt jeden Vermittlungsversuch – unter anderem durch die Kassenzahnärztliche Vereinigung Niedersachsen (KZVN) - abgeblockt hatten.

Die Krankenkassen scheinen sich ihrer Verantwortung für ihre Versicherten nicht bewusst zu sein, argumentieren die Kieferorthopäden. Es gehe nicht an, dass ein Partner im Gesundheitssystem Verhandlungen mit einer Ärztegruppe einfach boykottiere, Vermittlungsbemühungen ständig ins Leere laufen lasse, betonte Mindermann. Mit dieser Haltung grenze man Patienten und Ärzte aus einer notwendigen medizinischen Behandlung aus. Man wünsche sich deshalb, dass die Politik eine solche Initiative unterstütze oder begleite.

Im Interesse Tausender Patienten müsse man einen neuen Anlauf wagen, um den seit 2004 schwelenden gesundheitspolitischen Konflikt zwischen den GKVen und den Kieferorthopäden in Niedersachsen zu entschärfen, erklärte Mindermann. Man werde in den nächsten Tagen an die Arbeitsgemeinschaft der Gesetzlichen Krankenkassen herantreten, um Gespräche zu initiieren. Dr. Gundi Mindermann: „Wir hoffen, unsere Bereitschaft stößt im Interesse der Patienten bei den Kassen auf Zustimmung.“ Ziel der Kieferorthopäden sei es, ohne jede Vorbedingungen und ergebnisoffen in Beratungen einzutreten.

Für Rückfragen: Wolfgang Oberressl

Telefon 0821-7807624